

Platz abbeck

Nr. 5, Mai 2001

Zeitung der PDS Offenen Liste im Rat der Stadt Köln
V.i.S.d.P. PDS Ratsgruppe, Haus Neuerburg, Gülichplatz 3, 50667 Köln,
Telefon: 221-27840 Fax: 221-27841, e-mail: pds-gruppe@stadt-koeln.de

Editorial

Liebe Lesein, lieber Leser,

die jüngste Ratssitzung am Dienstag war für den Oberbürgermeister und die CDU-Mehrheitsfraktion von ganz besonderer Bedeutung. In einer Art „Gleichschaltung“ versuchte sie, nun auch die Stadtverwaltung unter ihre Kontrolle zu bekommen. Systematisch sollen die Dezernenten mit SPD-Parteibuch entmachtet werden, während den CDU-Dezernenten Kompetenzen zusätzlich zugeschanzt werden. Dies schafft natürlich erhebliche Unruhe in der jahrzehntelangen von der SPD dominierten Verwaltung. Hierbei wird insbesondere an die öffentliche Kritik des Schuldezernenten Henseler erinnert. Nach unserer Auffassung ist die Gewaltenteilung eines der Grundprinzipien der Demokratie. Daher müssen Versuche abgewehrt werden, diese zu untergraben. Die PDS wird deshalb der neuen Dezernatsordnung nicht zustimmen.

Als wäre der dadurch entstandene Wirbel für OB Schramma noch nicht groß genug, kam er auf die Idee, seinen getreuesten Adlatus mit der Spitzenbesoldung „B3“ zu belohnen. Allerdings stand OB Schramma vor dem Problem, dass das Amt des Oberbürgermeisters keine weitere B3-Stelle aufwies.

Da bekanntlich "alle guten Dinge drei sind" schlug OB Schramma dann auch noch im Alleingang einen neuen Standort für den Straßenstrich vor, der noch vor wenigen Wochen als ungeeignet klassifiziert worden ist..

Weiterhin wurden in der Ratssitzung am Dienstag die ersten nahezu 200.000,- DM an Haushaltsmittel zur Projektförderung im Rahmen des „Aktionsprogramms für ein friedliches Miteinander und gegen Intoleranz und Rechtsextremismus“ verteilt. Die PDS-OL-Gruppe hat dazu konkrete Vorschläge gemacht. Wir werden uns auch weiter dafür einsetzen, dass die Mittel gerecht an alle in Betracht kommenden Projekte verteilt werden.

Viel Spaß beim Lesen!
Eure Sengül Senol!

Wundersame Stellenvermehrung im obersten Stock



Da staunt der Laie – und der Fachmann wundert sich nicht mehr:

In der obersten Spitze der Kölner Verwaltung ist seit den letzten Kommunalwahlen und der damit zeitgleichen Verwaltungsreform eine ebenso wundersame wie rasante Stellenvermehrung vor sich gegangen. Gab es bis zum Oktober 1999 – dem Zeitpunkt der Zusammenlegung der „Doppelspitze“ von Oberbürgermeister und Oberstadtdirektor – in beiden Ämtern zusammen 88 Planstellen, so ist inzwischen der Stellenplan auf 105 Positionen angewachsen.

Gegen die Einrichtung einer dritten Stelle im höheren Dienst (Besoldungsgruppe B3) hatte die PDS-OL-Gruppe im Rat beim Regierungspräsidenten Widerspruch eingelegt. Laut der nordrhein-westfälischen Gemeindeordnung stehen der Stadt Köln nur zwei dieser hochdotierten Stellen (rund 11400,- DM monatlich) zu. Die „Erklärung“ aus dem OB-Büro: Die Stelle sei aus einem „Reserveplan“ entnommen worden. Im Klartext heißt das, dass einem beurlaubten Angestellten im Statistischen Amt die B3-Stelle kurzerhand entzogen wurde. Mit seiner Rückkehr ins Amt sei „nicht mehr zu rechnen“. Aus ähnlich wundersam entdeckten Reserven stammen vermutlich auch die

sechs Stellen, die trotz offiziellen Einstellungsstopps bei der Stadtverwaltung im OB-Amt und dem Presse- und Bürgeramt extern besetzt wurden.

Das wurde nötig, so heißt es, da sich für diese sechs Stellen für „Personen mit besonderem Befähigungsprofil“ keine der bisherigen Mitarbeiter eigneten. Ein einleuchtendes Argument, wenn man bedenkt, dass das OB-Dezernat jetzt „zusätzliche dezentrale Aufgaben“ übernehmen musste – z.B. die „Blumendekoration in den Rathäusern“. Zweifellos eine Aufgabe für „Personen mit besonderem Befähigungsprofil“, wie etwa auch die „Kommunalstelle zur Förderung und Anerkennung des bürgerschaftlichen Engagements“.

Bleibt nur noch anzumerken, dass jüngst eine Liste von zur Beförderung anstehenden Beamten ans Licht der Öffentlichkeit gelangte, in der sowohl die fachliche Qualifikation als auch das Parteibuch sauberlich aufgeführt wurde. Die Landes-Datenschutzbeauftragte ist dem „Wunder“ dank PDS-Tipp auf der Spur. Was steht noch mal auf dem englischen Hosenbandorden: „Honi soi, qui mal y pense“ – ein Schelm, wer Arges dabei denkt!

hum

Kölner Nutz, Unnutz und Mitnutz der Domplatte

Der Kölner Dom, Wahrzeichen seiner Stadt und immer für Tendenzen und Interessen missbraucht, gebraucht, verbraucht: Man denke an die Klerikalfaschisten – der Dom als Abbild des Himmels, man denke an die evangelikalen Monarchisten im Rheinpreussen – der Dom als Bollwerk gegen den Kulturfeind Frankreich, man denke an das Dritte Reich auf deutschem Boden – der Kölner Dom in unheiliger Allianz mit Altar und Schwert, man denke an den Neoliberalismus unserer Tage – der Dom als virtueller Werbeträger für diffuse Wertvorstellungen. Der Dom ist Schweigen. Seit kurzem ist der Kölner Dom international vor Zerstörung durch die Menschheit geschützt. Weltkulturerbe, und das verpflichtet. Und da eben beginnt der Streit. Und da nützt jedes noch so abstruse Argument. Das absurdeste von ihnen: den Dom umgibt eine Aura, eine Ausstrahlung nicht physikalischer, sondern metaphysischer Art.

Und schon ruft der Domtürmer nach einem Nutzungskonzept: in den ausgebeulten Taschen der Stadtverwaltung wird es herumgetragen. Nur noch wenige Veranstaltungen sollen dem Dom seine „Ausstrahlungskraft“ nehmen „dürfen“. Und dabei bleiben solche, die an seinem außer-



Roncalliplatz mit Domkloster: nur noch „ad majorem dei gloria“?
Fotos: *breu*

irdischen Glanz scheuern wollen, in angemessener Entfernung, sozusagen in metaphysischer und auch physischer Distanz. Weg mit dem Christopher-Street-Day auf dem Roncalli-Platz ist da unverhohlen zu vernehmen. „Unser“ Dom – obgleich Weltkulturerbe – verträgt Lesben und Schwule nicht in seiner Nähe, so seine verzückten VerehrerInnen.

Nun kann selbst eine Versammlungshalle für römisch-katholische Christen subjektiv Objekt einer Liebesbeziehung sein, so wie für andere Mitmenschen ein Hund, eine Katze, ein Gemälde, ein Teddybär.

Daraus aber zu folgern, andere müssten den Dom ebenfalls „lieben“ und ihn auf ihre Weise verehren, geht zu weit. Gestört werden drinnen und draußen Gefühle: religiöse und areligiöse. Hin und wieder kommt es dabei auch zu „Gefühlsverletzungen“. Die müssen aber in einer pluralistischen Gesellschaft beiderseits hingenommen und ertragen werden; sie sind und bleiben nicht justitabel. So ist das Leben. Und auf das Leben auf dem Roncalli-Platz will niemand verzichten. Kein Mensch. Oder gehören Lesben und Schwule mit ihrem CSD etwa nicht dazu? *breu*

Leserhinweis: Mehr zur Rechtslage bei Platznutzungen in der Juni-Ausgabe.

■ **Einbürgerungen**

Antragszahlen steigen langsam an

Im Verlauf des Jahres 2000 wurden in Köln insgesamt 6166 Einbürgerungsanträge für 7566 Personen gestellt. Darunter waren 1477 Anträge auf die Übergangsregelung für Kinder unter zehn Jahren (d.h., nach § 40b StAG können Kinder bis zum 18. Lebensjahr vorübergehend eine doppelte Staatsbürgerschaft erhalten). Eingebürgert wurden schließlich 5.112 Personen, 4423 wurden Einbürgerungszusicherungen erteilt. Insgesamt 2871 Personen behielten ihre Heimatstaatlichkeit.

Damit wurden die erhofften Zahlen an Einbürgerungswilligen nicht erreicht. Ein wichtiger Hinderungsgrund war offensichtlich der Grundsatz der „Vermeidung von Mehrstaatlichkeit“ und die recht hohen Gebühren. Die geforderte Aufgabe der Heimatstaatlichkeit ist für viele Einbürgerungsberechtigte ein Hinderungsgrund, da er sehr praktische Konsequenzen – z.B. beim Erbrecht, bei bestehendem Eigentum an Grund und Boden oder Immobilien im Heimatland – mit sich bringt. Der von der Stadtverwaltung angesetzte Personalbedarf war aufgrund der geringer als geschätzten Antragszahlen erheblich niedri-

ger als geplant. Beim Fachamt und in den Bezirksämtern konnten rund zwei Millionen DM von geschätzten 3,5 Millionen eingespart werden.

■ **Nach Teilprivatisierung der AWB**

Höhere Gebühren für Marktbeschicker?

Nach der Teilprivatisierung der Abfallwirtschaftsbetriebe der Stadt Köln drohen den Marktbeschickern vermutlich höhere Standgebühren. Zumindest ist das eines der Szenarien, die von der Verwaltung als Antwort auf eine Anfrage der Bündnis90/Grünen entworfen wurden. Darin ist kurz und bündig von „zwei Möglichkeiten“ die Rede, nämlich:

- „Die Händler kommen ihrer Reinigungspflicht nach“, oder
- Die AWB werden beauftragt, die Reinigung durchzuführen.

Das stellt sich in den weiteren Ausführungen als eine Wahl zwischen Pest und Cholera dar, weil die Verwaltung im Fall a) davon ausgeht, dass die Händler nur durch „verstärkten Ordnungszwang (d.h., mehr Kontrollpersonal und Einführung von Verwarngeldern)“ den Aufforderungen zur Reinigung nachkommen. Im Fall b) rechnet sie mit „zusätzlichen Kosten und

zwangsläufig Gebührenerhöhungen“. Am wahrscheinlichsten sei eine „Kombination der beiden Möglichkeiten“. Immerhin räumt die Verwaltung ein, dass nicht allein die Marktbeschicker schuld an chaotischen Zuständen auf den Marktplätzen sind, sondern: „Privat- und Geschäftsleute aus dem nahen Einzugsbereich entsorgen ebenfalls Abfall über die Märkte, um Kosten zu sparen“. Es wird nötig sein, Wege zu finden, um nicht die Kosten der Teilprivatisierung auf diesem Wege auf die Marktbeschicker abzuwälzen.

■ **80 Millionen für Schulen**

Sanierung soll schneller gehen

Nicht mehr auf die Ferien beschränkt sein sollen Reparatur- und Instandhaltungsmaßnahmen an den Schulen, kündigte OB Schramma an. „Wir schaffen es sonst einfach nicht, die Schulen in wenigen Jahren fit zu machen“, zitiert ihn die „Kölnische Rundschau“. Deshalb sollen auch in diesem Jahr 80 Millionen Haushaltsmittel für die Schulsanierung ausgegeben werden, nach Schramma doppelt so viel wie in den Jahren 1997 bis 99. Rein rechnerisch stehen pro Jahr 60 Millionen zur Verfügung.

■ Nippes

Frühere Zwangsarbeiter: Wiedersehen mit Nippes

Am 22. Mai findet im Bürgerzentrum Altenberger Hof eine Veranstaltung mit ehemaligen Zwangsarbeitern aus Polen statt, die in Nippeser Betrieben ausgebeutet wurden. Auf Anregung des PDS-OL-Betriebsvertreters Michael Weisenstein unterstützt die Bezirksvertretung Nippes diese Veranstaltung, die vom Archiv für Stadtteilgeschichte und der Projektgruppe Meselager des NS-Dokumentationszentrums durchgeführt wird. Der Nippeser Bezirksvorsteher Bernd Schößler wird die Veranstaltung eröffnen, der Kabarettist Heinrich Pachl moderiert die Erlebnisberichte der ehemaligen Zwangsarbeiter und die ergänzenden Ausführungen über Ausmaß und Standorte der Zwangsarbeit in Köln sowie über den Stand der Entschädigungsaussichten für die wenigen noch lebenden Zwangsarbeiter.

Bezirksvertreter Weisenstein hofft, dass von dieser Veranstaltung Anregungen und Impulse für eine weitere Beschäftigung mit dem Thema Zwangsarbeit während der Nazidiktatur beispielsweise für Schulen oder Jugendzentren ausgehen wird.

■ Nippes

Neugestaltung des Güterbahnhofs Nippes

Wer sich von der „vorgezogenen Bürgerbeteiligungs“-veranstaltung am 8.5. konkrete Auskunft über Pläne zur Neugestaltung des ehemaligen Güterbahnhofsgebietes erwartet hatte, wurde enttäuscht.

Fest steht nur, dass ein Gewerbegebiet und ein „Mischgebiet“ entstehen sollen - wie das genau aussehen soll, steht noch nicht fest. Ebenso unklar ist, wie die angekündigte Autofreiheit auf einem Drittel des Geländes gestaltet werden soll.

Wesentlich länger als die immerhin vagen „Soll-Aussagen“ zum Gelände ist die Liste der offenen Fragen, um die es den fast hundert Bürgerinnen und Bürgern vor allem ging:

Sozialer Wohnungsbau - keine Angaben.
Soziale Infrastruktur (Jugendzentrum etc): keine Angaben.

Beginn und Fertigstellung der geplanten Wohnungen: kein Termin.

Traditionelle Olympiasporthalle: keine Zusage für den Erhalt.

Mögliche vorhandene Bodenbelastung: keine Angaben.

Bei so dürftigen „Ergebnissen“ ist es kein Wunder, wenn die Bereitschaft der Bürger zur Mitsprache im Viertel abnimmt.

■ Ehrenfeld

Sozialbericht angemahnt

Auf der jüngsten Sitzung der Bezirksvertretung Ehrenfeld wurde der Sozialbericht für die Stadtteile angemahnt, den die BV bereits vor einiger Zeit beantragt hatte.

Immerhin gab diesmal schon die Antwort auf eine Anfrage des Bezirksvertreters Thomas Leber von der PDS-OL einen kleinen Vorgeschmack auf die zu erwartenden Ergebnisse.

Danach leben im Stadtteil Ehrenfeld 2373 Kinder und Jugendliche unter 18 Jahren von der Sozialhilfe. Mehr als die Hälfte (1040) sind Kinder von Alleinerziehenden Müttern oder Vätern. Die übrigen leben zwar in einem „Eltern“-haus, sind aber ebenfalls von der Sozialhilfe abhängig, meist aufgrund des zu geringen Einkommens der Eltern.

Selbst die CDU zeigte sich beeindruckt von diesen Zahlen und erkundigte sich nach den „Zuwachsraten“ der Sozialhilfebedürftigkeit bei Kindern und Jugendlichen.

■ Sozialausschuss

Anfrage zum Sozialbericht

In Anlehnung an den jetzt endlich von der Bundesregierung vorgelegten „Armut- und Reichtumsbericht“ hat die Vertreterin der PDS-OL im Ausschuss für Soziales und Senioren der Stadt Köln auch für Köln entsprechende Berichte angemahnt.

In ihrer Anfrage will die Ratsgruppe wissen, wann mit der Aktualisierung des 1998 zuletzt erschienenen Armut- und Sozialberichts zu rechnen sei.

Außerdem wird gefragt: „Wie bewertet die Verwaltung die Zusammenarbeit mit den in der Kölner Armutskonferenz zusammengeschlossenen Wohlfahrtsverbänden bei der Erstellung des Sozialberichtes?“ Interessiert ist die Gruppe auch daran, ob für Köln nach dem Vorbild der Bundesregierung auch ein Bericht zur Entwicklung des Reichtums in der Stadt plant ist.

■ RP will Berufung

Bezirksregierung klagt gegen Ratsgruppengeld

Gegen das Urteil des Verwaltungsgerichts Düsseldorf (1 K 8004/99), das die Kla-

ge der Bezirksregierung Düsseldorf gegen die Stadt Oberhausen wegen der Zahlung öffentlich-rechtlicher Zuwendungen an die Ratsgruppen zurückgewiesen hatte, beantragte am 15.5.01 der Regierungspräsident über das Verwaltungsgericht Düsseldorf beim Oberverwaltungsgericht Münster die Zulassung der Berufung (Az 15 A 1958/01).

Der 15. Senat unter Vorsitz des OVG-Vizepräsidenten Dr. Kallerhoff wird über den Antrag des Berufungsklägers in Kürze entscheiden; vgl. Bericht „Justitia ergreift Partei für die Ratsgruppen“ in Platzjabbeck 4/2001.

■ Veranstaltungen

Kulturfest in Oberhausen

Am 23 März 2001 veranstaltete der „Kulturverein im Ausland für die Stadt Giresun e.V.“ (Schwarzmeer) in Oberhausen ihr alljährliches Kulturfest. Neben zahlreichen Grußworten, unter anderem von der teilnehmenden Kölner Ratsfrau Sengül Senol, wurde ein umfangreiches Kultur- Programm dargeboten. Bis in die Nacht wurde bei Geigenklängen „Hörön“ getanzt, der traditionelle Tanz der türkischen Schwarzmeer-Region. Nach Angaben der Organisatoren nahmen mehr als 3000 Menschen an der Veranstaltung teil. sen

Aleviten in Essen

Anfang April veranstaltete die „Cem Stiftung“ der Aleviten in Europa ihre alljährliche kultur-politische Veranstaltung in Essen. Es nahmen mehr als 1.000 Teilnehmer und Teilnehmerinnen daran teil. Darunter für die PDS auch Ratsmitglied Sengül Senol, deren Grußwort verlesen wurde. Am Rande der Veranstaltung führte Sengül Senol ein Gespräch mit dem Vorsitzenden Prof. Dr. Izzettin Dogan. sen

Erinnerung an Hasret Gültekin in Köln

Am 28 April fand eine Veranstaltung zu Ehren des ermordeten alevitischen Liedermachers Hasret Gültekin im Kulturzentrum der Volkshochschule Köln statt, an der auch Ratsmitglied Sengül Senol für die PDS-OL-Ratsgruppe teilnahm. Er wurde 1993 zusammen mit 33 anderen Menschen in einem Hotel von Fundamentalisten durch einen Brandanschlag getötet. Neben Redebeiträgen haben diverse internationale Gruppen künstlerische Darbietungen vorgestellt. sen

■ Postämter-Schließung

Protest gegen weitere Einschränkungen

In einer Anfrage wandte sich die PDS-OL-Ratsgruppe an den Stadtrat, um auf die anhaltenden Betriebsschließungen der PostAG im Stadtgebiet aufmerksam zu machen.

Die neuesten Pläne sehen eine Schließung des Postamts Roonstraße vor, die Geschäftsbereiche sollen in eine nahegelegene Lotto-Annahmefiliale verlegt werden (außer den Postfächern).

Die PDS-OL befürchtet, dass neben Familien und älteren Menschen auch kleinere und mittlere Unternehmen in der Innenstadt von der Schließung des Postamts betroffen sind und fordert vernünftige Lösungen für den Postbetrieb, evtl. auch in städtischen Gebäuden.

■ Homo-Ehe

Das Standesamt bleibt noch geschlossen

Am Antrag auf Einstweilige Anordnung der Bayerischen Staatsregierung vom 3.5.01 scheidet vorerst die Öffnung der Standesämter für schwul-lesbische Paare, die ihre Lebenspartnerschaft rechtswirksam eintragen lassen wollen. Die zum 1.8.01 vorgesehene öffentliche Beurkundung kann erst in Kraft treten, wenn der 1. Senat darüber entschieden hat. Der von der Regierungskoalition im Vermittlungsausschuss angestrebte Kompromiss blieb wirkungslos, weil die CDU/CSU sich am 11.5. einer Sitzungsteilnahme verweigerten.

■ Straßenstrich

Die nächste Runde

Nach langem Hin und Her hat OB-Schramma den Bereich "Neusser Landstraße / Ecke Geestemünder Straße" als neuen Standort für den Straßenstrich auserkoren. Diese Entscheidung hat die Unterstützung der CDU-Fraktion und ihrer Vasallen von der fdp.

Eine Beteiligung der betroffenen Bürgerinnen und Bürger fand nicht statt. Noch nicht einmal das Frauenamt wurde bei der Entscheidungsfindung mit einbezogen. Dieser Alleingang wird zwangsläufig zu neuen Protesten der betroffenen Bürgerinnen und der Frauen führen. Der Standort ist bereits einmal für ungeeignet gehalten worden. Ratsfrau Sengül Senol hält daher die Entscheidung für unsere Stadt, für die Prostituierten sowie für die Bürger vor Ort für untragbar.

Vor allem die fehlende Nutzungsmöglichkeit von öffentlichen Nahverkehrsmittel wird dazu führen, dass der Platz von

Fackeln des NS-Terrors: Bücherverbrennung

Mit Bücherverbrennungen setzten die Nationalsozialisten wenige Wochen nach ihrer Machtergreifung in den Maitagen des Jahres 1933 überall in Deutschland flammende Zeichen des Hasses auf die besten und edelsten Traditionen unserer Kultur- und Geistesgeschichte: die Freiheit des Wortes, die Aufklärung und Humanität, die Liberalität, die Demokratie und den Parlamentarismus.

Das NS-Dokumentationszentrum im EL-DE-Haus (Appellhofplatz) zeigt vom 19. Mai bis 15. Juli, wie mit dem Thema „Bücherverbrennung seit 1983, dem



„Bücher sind kein geringer Teil des Glücks“ (FdG)

50. Jahrestag, in der Gedenkkultur unserer Gesellschaft umgegangen wird. *breu*

Frauen nicht angenommen wird. Ohne Akzeptanz bei den betroffenen Prostituierten ist aber das gesamte Projekt von Anfang an zum Scheitern verurteilt.

Deshalb forderte Sengül Senol am Dienstag in ihrer Rede im Rat, die Interessen der betroffenen Prostituierten in besonderem Maße zu berücksichtigen. Anstatt die Frauen aus der Stadt-Mitte zu verjagen, sollte man sie dort integrieren und unterstützen.

OB-Schramma hat mit seinem neuen Standortvorschlag seine Glaubwürdigkeit in dieser Frage verloren. Ratsfrau Sengül Senol forderte daher am Dienstag ein Konzept, das dem Utrechter Modell nachempfunden ist. Dies ist auch eine Forderung der betroffenen Frauen und von Frauenvereinigungen. *sen*

ob die Maßnahme Erfolg hatte. Langzeitarbeitslose punktuell in Billigjobs ohne Anforderungsprofil hinein zu drängen kann das Problem der Massenarbeitslosigkeit nicht beseitigen.

Hinzu kommt, dass auf jeden Fall über 50 % nicht in ein reguläres Arbeitsverhältnis übernommen worden sind. Bezeichnenderweise hebt die Stadtverwaltung hinsichtlich dieser Personengruppe den Einspareffekt für die Stadt Köln hervor. Diese Personengruppe wurde nämlich in einen Arbeitslosengeldanspruch geschleust oder aber von jeglichen Sozialleistungen ausgeschlossen. Auf der nächsten Sitzung des Sozialausschusses wird Ausschussmitglied Sengül Senol mit einer Anfrage das Programm kritisch hinterfragen.

■ Sozialhilfeempfänger

„700-er Programm“ im Sozialausschuss

Nach dem Ergebnis des gemeinsamen Wiedereingliederungsprogramms der Stadt Köln mit dem Arbeitsamt fragte die PDS-OL. Mit diesem Programm wurde 662 Hilfeempfängern eine Beschäftigung oktroyiert. Soweit sie die Beschäftigung nicht annahmen, wurde ihre Hilfe gestrichen. In der Sitzung des Sozial-Ausschusses am 10. Mai 2001 stellte die Stadt Köln das Ergebnis vor.

Die Stadt Köln behauptet, durch dieses Programm seien 45,6 % der Betroffenen dauerhaft in den Arbeitsmarkt integriert worden. Es fehlt allerdings eine Aufschlüsselung der konkreten Beschäftigungsfelder der angeblich dauerhaft integrierten Betroffenen sowie eine konkrete Aussage über die Anschlussverträge.

Erst dann kann abgeschätzt werden,

Termine

Jeden Mittwoch, 18.00 Uhr: Offener Treff der PDS Offene Liste mit allen Freunden und Interessierten zur laufenden Arbeit im Rat und den Bezirksvertretungen im Ratbüro, Haus Neuerburg, Göllichplatz 3.

22.5.2001: PDS-Treff in Mülheim
Thema: Mülheim-Nord
Sanierung bis zum bitteren Ende
Teilnehmer: Michael Kellner, PDS-Sprecher, Sengül Senol, MdR

22.5. 2001: Zwangsarbeiter zu Gast in Nippes, 19 Uhr, Bürgerzentrum Nippes, Altenberger Hof, Mauener Str. 92

5.6.2001: PDS-Treff
Der Konflikt Palästina - Israel, Referent: Ludwig Watzal, 19.30 Uhr, Bürgerzentrum Ehrenfeld, Venloerstr. 429